

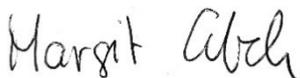
Sachbearbeitung SO - Soziales
Datum 23.03.2023
Geschäftszeichen SO/ZV - Führlinger
Beschlussorgan Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales Sitzung am 26.04.2023 TOP
Behandlung öffentlich GD 130/23

Betreff: Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Frauenberatungsstelle
- Frauen bei häuslicher und sexueller Gewalt - (FhF)

Anlagen: 6

Antrag:

1. Der Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Frauenberatungsstelle - Frauen bei häuslicher und sexueller Gewalt - (Fhf) für die Jahre 2024 - 2026 zuzustimmen.
2. Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Fachbereichsbudgets in dem jeweiligen Haushaltsjahr und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des jeweiligen Haushaltsplans durch den Gemeinderat.



Margit Abele

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 1, BM 2, C 2, OB, ZSD/HF	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	ja
Auswirkungen auf den Stellenplan:	nein

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT [einmalig / laufend]	
PRC: Projekt / Investitionsauftrag:			
Einzahlungen	€	Ordentliche Erträge	
Auszahlungen	€	Ordentlicher Aufwand	90.100 €
		<i>davon Abschreibungen</i>	
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	
Saldo aus Investitionstätigkeit	€	Nettoressourcenbedarf	90.100 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
1. Finanzhaushalt 2023		2024	
Auszahlungen (Bedarf):	€	innerhalb Fach-/Bereichsbudget bei PRC 311007-670	90.100 €
Verfügbar:	€		
Ggf. Mehrbedarf	€	fremdes Fach-/Bereichsbudget bei: PRC	
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7	€	Mittelbedarf aus Allg. Finanzmitteln	
bzw. Investitionsauftrag 7	€		
2. Finanzplanung 2024 ff			
Auszahlungen (Bedarf):	€		
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen	€		
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	€		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

Zuletzt wurde die Budgetvereinbarung für die Frauenberatungsstelle für die Jahre 2021 - 2023 in der Sitzung des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales am 07.10.2020 behandelt (GD 275/20).

Die Frauenberatungsstelle besteht seit knapp 40 Jahren und ist aktuell in der Olgastraße 143 verortet. Ein Schwerpunkt der Angebote sind die ambulanten Beratungen zu den Themen häusliche und sexuelle Gewalt. Außerdem ist die Beratungsstelle zugleich Anlaufstelle für das Frauenhaus. Die Themenvielfalt in der Beratungsstelle hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Zu den Themen körperliche, seelische und sexuelle Gewalt sind neue Themen hinzugekommen, wie z.B. Zwangsheirat, Gewalt im Namen der Ehre, Stalking, sexueller Missbrauch in der Kindheit, Beschneidungen, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder Vergewaltigung, Gewalt an älteren Frauen und an Frauen mit Behinderung.

Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind vielfältig und reichen von Krisenintervention und Gefährdungsabklärung bis zu Beratung und Information. Ebenso begleiten die Mitarbeiter*innen zu Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen, Polizei und im gerichtlichen Verfahren.

Um die Aufgaben adäquat erledigen zu können, erfordert es qualifiziertes sozialpädagogisches Fachpersonal mit hoher Sozialkompetenz.

Die Anzahl und Komplexität der Beratungen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Bspw. erfordern Beratungen bei Frauen mit schlechten Deutschkenntnissen das Hinzuziehen einer Dolmetscherin. Für diese Beratungen sind weitere Vor- und Nachgespräche notwendig.

Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie die Arbeit maßgeblich geprägt. Sowohl bei der Frauenberatungsstelle als auch bei den hilfesuchenden Frauen herrschte viel Unsicherheit, wie mit der neuen Situation umgegangen werden soll. Vor allem das eigene Zuhause wurde aufgrund der Lockdowns und Ausgangsbeschränkungen immer mehr zum Gefahrenort von Häuslicher Gewalt. Die Planungssicherheit sank auf allen Ebenen. Der Ausbau unterschiedlicher Beratungssettings (Beratung in Präsenz, per Telefon, „walk and talk“, online) erforderte viel Flexibilität aller Beteiligten. Außerdem waren Anschaffungen von Laptops und einer größeren Telefonanlage nötig. Zu Beginn der Corona-Krise gingen, die Beratungsanfragen zurück, wobei sie sich im Nachgang wieder mehr betroffene Frauen bei der Frauenberatungsstelle meldeten.

Insbesondere der Bereich Präventionsworkshops an Schulen, Berufsbildungseinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Arbeitsschwerpunkt etabliert.

2022 konnten 25 Workshops durchgeführt und 521 Schüler*innen erreicht werden. Außerdem wurde im vergangenen Jahr in Kooperation mit der Polizei ein Modellprojekt an Ulmer Schulen zum Thema sexualisierte Gewalt durchgeführt.

Präventionsarbeit trägt dazu bei, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene über die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt aufgeklärt und sensibilisiert werden. Wichtig ist der Frauenberatungsstelle dabei, dass Betroffene von Gewalt informiert werden und sich Unterstützung holen. Präventionsarbeit ist ein wichtiger Baustein, um die Gewaltspirale zu durchbrechen und sollte deshalb weiter ausgebaut werden.

Hinzu kamen Gruppen für Frauen, in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und zahlreiche Informationsveranstaltungen. Damit die Angebote von Frauen helfen Frauen e.V. viele Menschen erreichen, werden Aktionen in der Öffentlichkeit durchgeführt sowie Flyer an vielen Stellen in der Stadt / in sozialen Einrichtungen ausgelegt. Außerdem informiert die Presse regelmäßig über die Arbeit und Veranstaltungen der Frauenberatungsstelle. Frauen helfen Frauen e.V. ist seit rund zwei Jahren sehr aktiv auf Instagram, um auch die jüngeren Menschen zu erreichen.

Gemeinsam mit dem Frauenbüro der Stadt Ulm konnten weitere wichtige Projekte und Aktionen geplant und durchgeführt werden (z. B. Runder Tisch Häusliche Gewalt, Vertrauliche Spurensicherung, Aktionen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.). Darüber hinaus ist ein Projekt in Kooperation mit der Gewaltopferambulanz und dem Frauenbüro zum Thema „K.O.-Tropfen“ geplant.

Eine gute und tragfähige Zusammenarbeit ist wichtig, damit das Hilfesystem ausgebaut wird, aber vor allem auch um in der Einzelfallhilfe eine schnelle und individuelle Unterstützung ermöglichen und anbieten zu können.

Gemeinsam mit dem Verein wurden bereits 2007 Wirkungskennzahlen zur Messung der Effektivität des Beratungsangebots und der Kostenentwicklung vereinbart. Außerdem legt der Verein regelmäßig einen Jahresbericht zur Erläuterung der geleisteten Arbeit vor.

Der Fachbereich hat die vorliegenden Ergebnisse der Wirkungskennzahlen des auslaufenden Budgetvertrages (2021-2023) ausgewertet und inhaltlich sowie im Hinblick auf die Zielerreichung

überprüft. Die Zielwerte wurden hinsichtlich der Auftragserfüllung bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Prävention pandemiebedingt nicht erreicht. Die Beratungskontakte und die Anzahl der beratenen Personen haben in den Jahren 2020-2022 deutlich zugenommen.

Die Wirtschaftlichkeitsziele wurden nicht vollständig erreicht. Aufgrund der zunehmenden Anzahl und Komplexität der Beratungen wurde die Personalkapazität in den letzten Jahren erhöht. Dadurch sind höhere Kosten entstanden. Auch der zum Teil zeitliche und administrative Beratungsumfang pro Fall verursacht zusätzliche Kosten. Die allgemeine Kostensteigerung (Tarifabschlüsse, Energiekosten usw.) wirken sich zusätzlich auf die Kostensituation aus.

Die Wirkungskennzahlen zur Messung der Effektivität des Leistungsangebots und der Kostenentwicklung wurden mit dem Träger besprochen und überarbeitet. Die Zielwerte 2024-2026 wurden gemeinsam mit dem Verein abgestimmt und entsprechend der Entwicklung der Vorjahre angepasst.

Finanzierung

Aktuell ist die Frauenberatungsstelle mit 315% (incl. 65% Verwaltung und Geschäftsführung und 60% Projektarbeit Mobile Teams ADK) besetzt. Im Jahr 2022 wurden 221 Frauen in 486 persönlichen Kontakten beraten. Die Finanzierung erfolgt mittels Zuschüssen (Land, Stadt Ulm und Alb-Donau-Kreis) sowie aus Eigenmitteln (u.a. Spenden vom Verein).

Die Stadt fördert mit der bestehenden Budgetvereinbarung 1,25 sozialpädagogische Fachkräfte der Frauenberatungsstelle. Dieser Stellenumfang ist auch weiterhin erforderlich, um Qualität und Quantität in der Beratungsarbeit sicherstellen zu können. Der hierfür erforderliche Zuschuss beträgt weiterhin 90.100 €. Die Verwaltung schlägt vor, die zum 31.12.2023 auslaufende Vereinbarung für die Jahre 2024-2026 zu verlängern.

Die Verwaltung beantragt, der Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Frauenberatungsstelle (FhF) für die Jahre 2024-2026 mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 90.100 € zuzustimmen.

Die Finanzierung der Sachkosten erfolgt im Rahmen des zur Verfügung stehenden Fachbereichsbudgets in dem jeweiligen Haushaltsjahr und steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit aller zu erfüllender städtischer Aufgaben und der Beschlussfassung des jeweiligen Haushaltsplans durch den Gemeinderat.